
206/A(E) XXVIII. GP

Eingebracht am 24.04.2025

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Agnes-Sirkka Prammer, Freundinnen und Freunde

betreffend Implementierung einer Mountainbike-Koordinierungsstelle und -Strategie

BEGRÜNDUNG

Der Mountainbikesport ist bereits seit einigen Jahren, aber besonders seit der Pandemie, im steten Wachstum begriffen. Im Jahr 2022 wurden über 500.000 Fahrräder verkauft, 212.000 davon waren Mountainbikes. Speziell auch durch den Erfolg von E-Bikes – rund die Hälfte der verkauften Mountainbikes sind elektrisch unterstützt – ist es immer mehr Menschen möglich, die Natur und auch den alpinen Raum auf zwei Rädern zu erleben. Dadurch werden neue Möglichkeiten, aber auch neue Notwendigkeiten begründet.

Grundsätzlich ist das Wachstum des Mountainbikesports aus mehreren Gründen zu begrüßen. Bewegungsmangel ist eine der großen Zivilisationskrankheiten unserer Zeit. Kinder können in der Natur das Radfahren erlernen. Und besonders das E-Bike hält auch Menschen im Alter länger aktiv und ist eine Möglichkeit, gelenksschonend Sport zu betreiben.

Auch für den heimischen Tourismus ist der Mountainbikesport ein Motor: Mountainbiker:innen sind zahlungskräftige Gäste, die lt. einer deutschen Studie für 26% mehr Wertschöpfung in der Region sorgen, in der sie urlaufen.

Rund 9.000 Österreicher:innen haben einen direkt mit der Herstellung von Mountainbikes in Zusammenhang stehenden Arbeitsplatz - Produktionsstätten von Fahrrädern gibt es von Wien über Salzburg bis hin nach Vorarlberg. Ganz zu schweigen von den über 1600 Fahrradhändler:innen mit ihren 8000 Mitarbeiter:innen, deren Arbeitsplätze maßgeblich am Mountainbike hängen. Der Umsatz liegt derzeit bei rund 350 Millionen Euro pro Jahr.

Dieses Wachstum hat zur Folge, dass der Nutzungsdruck auf den heimischen Wegen und Bergen enorm gestiegen ist - bei einem Angebot, dass ohnehin schon der

Nachfrage weit hinterherhinkt, wie zahlreiche Streitfälle zeigen. Deswegen ist es notwendig - und dies ist nur als erster Schritt zu verstehen - zu erheben, wie viele Strecken in den verschiedenen Bundesländern und Regionen tatsächlich vorhanden sind, wo Defizite bestehen und wie man ein rechtssicheres und für alle transparentes Wegenetz schafft.

Klar ist: Die Gesetzeslage zu dem Thema ist überholt. Die zentrale Problemstellung dreht sich um das Forstgesetz aus dem Jahr 1975, das ein Befahren von Forststraßen und Wanderwegen verbietet - damals gab es das Mountainbike noch nicht, es ist also dem Zufall geschuldet, dass das Befahren mit Mountainbikes in dieses Gesetz fällt.

Wenn man nun bedenkt, dass es bei weitem nicht überall in Österreich ausreichend ausgeschilderte und damit erlaubte Touren gibt und man bei einer Tour gut und gerne 20 verschiedene Grundstücke quert, ist eine Mountainbikeausfahrt abseits ausgeschildeter Routen mit zahlreichen verwaltungs- und haftungsrechtlichen Fragen verbunden.

Die bloße Öffnung aller österreichischen Forststraßen ist nur auf den ersten Blick eine Lösung, da sie wiederum nicht die haftungsrechtlichen Fragen beantwortet und keine Lösungen für die zahlreichen Notwendigkeiten aus den Bereichen Forst, Jagd, Naturschutz sowie Tourismus bereithält.

Diese verschieden gelagerten Themenkomplexe müssen in Zusammenhang zueinander gesetzt, von den Beteiligten diskutiert und gemeinsamen Lösungen zugeführt werden, um die aktuell bestehenden Grauzonen zu beseitigen und für alle Seiten rechtssichere und zeitgemäße Rahmenbedingungen für das – eigentlich prädestinierte – Mountainbikeland Österreich zu finden.

Um diese und auch viele andere Fragestellungen zu bearbeiten und langfristig zu beantworten hat die schwarz-grüne Bundesregierung im Ministerrat Mitte April 2024 die Entwicklung einer österreichischen Mountainbikestrategie beschlossen. Diese Strategie soll von einer externen Stelle koordiniert werden. Ziel ist es, eine einheitliche bundesweite Strategie zu entwickeln, unter Beteiligung aller Bundesländer und der Ministerien. Mit dieser Mountainbikestrategie will man der Nachfrage an Mountainbike-Strecken gerecht werden und gleichzeitig die Potenziale und Synergien des Wirtschaftsstandorts, des Tourismus und der Regionen ausschöpfen.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSAНTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, die ‚MTB-Koordination Österreich‘ ehestmöglich zu besetzen und den Prozess zur Erstellung einer Mountainbikestrategie zeitnah einzuleiten, um den vielen Herausforderungen des Mountainbikesports evidenzbasiert begegnen und das sportliche, gesundheitsfördernde und wirtschaftliche Potenzial bestmöglich ausschöpfen zu können.“

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Sportausschuss vorgeschlagen.